

1 **Kurzprogramm der ÖDP zur Europawahl 2014**

2 **Europa fußt auf christlich-humanistischen Werten. Die europäische Politik muss sich deshalb im**
3 **Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen für Gerechtigkeit, Frieden und für die**
4 **Bewahrung der Schöpfung und damit der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen.**

5

6 **1. Wir sind überzeugte Europäer!**

7 Europa muss als Staatenverbund erhalten bleiben, demokratisch gestaltet werden und der
8 kulturellen Vielfalt verpflichtet sein.

9 Aber gerade weil wir von der europäischen Idee überzeugt sind, meinen wir, dass die Europäische
10 Union in wichtigen Punkten reformiert werden muss. Die jetzt gültigen EU-Verträge weisen
11 erhebliche Schwächen auf. Durch sie geben wir wesentliche Teile der Demokratie und der
12 Sozialpolitik auf und können sogar ungewollt in militärische Aktionen verwickelt werden.

13 Unser Ziel ist eine Europäische Union, die die kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen
14 Eigenarten der einzelnen Völker und Regionen respektiert und fördert. Wir unterstützen die
15 Entwicklung der EU von einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einem Staatenverbund freier,
16 sich vorrangig selbst regierender Völker.

17 Die Achtung der Menschenrechte, der Prinzipien eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats und
18 einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft müssen als die entscheidenden Kriterien sowohl für die
19 Reform und die innere Entwicklung der EU, als auch für weitere EU-Beitritte gelten.

20

21 **2. Wir brauchen transparente, demokratisch legitimierte EU-Institutionen**

22 Das Europäische Parlament muss mit den grundlegenden Rechten eines demokratischen Parlaments
23 ausgestattet werden: 1. Das Recht, Gesetze selbst zu formulieren (statt nur über die Vorlagen der EU-
24 Kommission abzustimmen) und damit auch grundsätzliche Fragen zu regeln (z.B. Agro-Gentechnik).
25 2. Das Recht, über die Einnahmen (durch Steuern oder Umlagen) und Ausgaben der EU zu
26 bestimmen. 3. Das Recht, Kommissare vorzuschlagen, die Europäische Kommission einzusetzen und
27 zu entlassen.

28 Für die Wahl des Europäischen Parlaments muss ein einheitliches Wahlrecht ohne Sperrklauseln und
29 mit gleichem Stimmgewicht gelten. Derzeit wählt jedes Mitgliedsland nach eigenen Wahlgesetzen.
30 Und eine Wählerstimme aus Malta oder Luxemburg hat fast das zehnfache Stimmgewicht wie eine in
31 Deutschland oder Frankreich.

32 Um den Einfluss der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten und auch den kleinen EU-Staaten genügend
33 Mitspracherecht zu garantieren, muss es eine zweite Kammer (ähnlich dem Bundesrat) geben.

34 Die Europäische Kommission ist der parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen. Ihre Aufgaben sind
35 strikt auf die Umsetzung der europäischen Gesetze und Beschlüsse zu beschränken.

36 Die Regelungskompetenz der EU ist auf diejenigen Bereiche zu beschränken, die ihr durch den EU-
37 Vertrag ausdrücklich übertragen werden. Was auf der Ebene der Kommunen oder der
38 Mitgliedsstaaten sinnvoll geregelt werden kann, soll nicht an die EU übertragen werden.

39

40 **3. Konsolidierung der Staatshaushalte – Kontrolle der Banken und der Kapitalmärkte –**
41 **Stabilisierung des Euro**

42 Einige europäische Staaten sind völlig überschuldet. Hier ist „Hilfe zur Selbsthilfe“ angesagt.
43 Allerdings sind auch die Gläubiger (Banken und Kapitalanleger) in Haftung zu nehmen.
44 Innereuropäische Steueroasen (z.B. Österreich oder die Jersey-Inseln) sind umgehend und
45 konsequent auszutrocknen.

46 Auch viele europäische Banken haben ungeheure Schulden und Risiken angehäuft. Das gesamte
47 europäische Bankenwesen muss daher reformiert werden. Für die Abwicklung von Banken müssen
48 faire Regeln entwickelt werden; auch hier sind die Gläubiger in die Pflicht zu nehmen.

49 Die Euro-Krise ist noch nicht überwunden. Ihre Ursachen sind vielfältig – und die einfache Lösung gibt
50 es nicht. Gemessen an der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften z.B. erscheint der Euro in
51 einigen Ländern zu stark, in anderen zu schwach. Das hemmt die wirtschaftliche Entwicklung und
52 führt zu Spannungen. Wir sprechen uns für den Erhalt des Euro aus. Jedoch: Wo der Verbleib in der
53 Euro-Zone für ein Mitglied nur unter unzumutbaren Härten möglich ist, sollte diesem Mitglied die
54 Rückkehr zu einer eigenen Währung ermöglicht werden, so es dies wünscht. Für die Entwicklung
55 stabiler dezentraler Wirtschaftsstrukturen müssen die nationalen Wirtschaftsräume der Eurozone,
56 die sich nach wie vor sehr stark in Tradition, Ressourcen und Produktivität unterscheiden, dort wo es
57 nötig ist, wieder die Möglichkeit bekommen, die Unterschiede bei grenzüberschreitenden
58 Transaktionen durch Wechselkurse zu neutralisieren.

59 Trotz dieser Probleme will die ÖDP den Euro in möglichst vielen Ländern erhalten.

60 Der ESM und die Pläne der Europäischen Zentralbank EZB sind dazu der falsche Weg. Sie ermöglichen
61 den unbegrenzten Schuldenankauf einzelner Mitgliedsländer durch die EZB. Damit wird den
62 Mitgliedsländern ein starker Anreiz gesetzt, sich weiter zu verschulden und zu überschulden. Auf der
63 anderen Seite steigen die Haftungsrisiken für jedes solider wirtschaftende Land potenziell ins
64 Unermessliche. Damit ist auch für Deutschland ein Anreiz zu Wachstum auf Pump gesetzt, da die
65 Stabilität des Euro als Schuldenwährung in Frage gestellt ist. Wachstum auf Pump ist nicht nur
66 ökologisch ungesund. Die ÖDP fordert den Ausstieg aus dem ESM.

67 Die Bankenunion ist in der geplanten Form verkehrt. Sie führt dazu, dass die Banken stabiler Länder
68 für zusammenbrechende Banken von Ländern in Schieflage haften müssen, im Ernstfall potenziell
69 unbegrenzt. Tritt der Krisenfall ein, wird dieser zu überbeuerten Krediten und weiteren sehr
70 ungünstigen Konditionen für alle Bankkunden führen; eine Krise der Realwirtschaft wäre damit
71 vorprogrammiert. Die ÖDP lehnt die Bankenunion in angedachter Form ab und fordert über die
72 geplante Bankenunion eine vollständige, transparente und europaweite Diskussion in der breiten
73 Öffentlichkeit.

74

75 **4. Wohlstand ohne Wachstumszwang**
76 **Abkehr von der Wachstumsideologie und für faire Handelsbedingungen**

77 Die ÖDP steht für eine Wirtschaftsordnung, die ökologisches, soziales und gemeinwohlorientiertes
78 Handeln fördert. Auf europäischer Ebene herrscht derzeit noch die neoliberale Ideologie vor, die auf

79 Wirtschaftswachstum, hohe Kapitalrenditen und die Selbstregulierungsmechanismen der Märkte
80 setzt. Wohin das führt, kann man an den Umweltzerstörungen ebenso ablesen wie an den
81 wiederkehrenden Finanzmarktkrisen. Daher fordert die ÖDP eine Wirtschaftsform ohne Zwang zu
82 ständigem Wachstum. Sie bekennt sich in wesentlichen Teilen zu der Idee der
83 Postwachstumsökonomie, die vom Grundsatz „Weniger ist mehr!“ geleitet wird. Wir wollen mit
84 weniger materiellem Aufwand mehr Lebensqualität erreichen. Dazu bedarf es eines grundlegenden
85 Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Ziel ist die Reduktion des ökologischen
86 Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau.

87 Wir brauchen auf EU-Ebene:

- 88 • Eine ökologisch und sozial ausgerichtete Wirtschaftsordnung.
- 89 • Eine Harmonisierung der Steuerpolitik, damit nicht Gewinne, die in Deutschland erzielt werden,
90 in Irland oder auf Jersey mit niedrigsten Sätzen versteuert werden können.
- 91 • Die Beendigung schädlicher Subventionen (z.B. des Straßen- und Luftverkehrs, der Atomkraft,
92 des Tabakanbaus).
- 93 • Die Beendigung versteckter Subventionen durch kostenlose Emission von Schadstoffen in Luft,
94 Wasser und Böden, von Licht und Lärm in die Umwelt. Nur Kostenwahrheit in diesem Bereich
95 schafft faire Wettbewerbsbedingungen für verantwortlich wirtschaftende Unternehmen.
- 96 • Eine Angleichung der Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltstandards.
- 97 • Faire Bedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen.

98

99 **5. Umwelt- und Naturschutz**

100 Umweltzerstörung macht nicht an Staatsgrenzen halt. Die in der EU vorhandenen Abkommen und
101 Richtlinien zum Umweltschutz müssen konsequent umgesetzt werden. Umweltschutzmaßnahmen
102 dürfen nicht mit der Forderung nach freiem Wettbewerb und Wirtschaftswachstum blockiert werden
103 (so zuletzt wieder die CO₂-Richtlinie für den Flottenverbrauch der Autobauer).

104 Zentrale Ziele der ÖDP-Europapolitik im Umweltbereich sind: Gewässerschutz, Beendigung der
105 Vermüllung und der Überfischung der Meere, Stopp von Bodenerosion und Flächenversiegelung,
106 Müllvermeidung und Recycling, wirksame Klimapolitik (u.a. durch drastische Verknappung der CO₂-
107 Emissionszertifikate).

108 Wirtschaft ohne Ökologie ist Raubbau an unseren Lebensgrundlagen. Basis der Umweltpolitik muss
109 daher eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sein, wo Kostenwahrheit und Verursacherhaftung
110 gelten. Umweltschäden können nur vermieden werden, wenn man ihre finanziellen Folgen den
111 Verursachern anlastet.

112

113 **6. Tierschutz**

114 Im Umgang mit Tieren brauchen wir einen Bewusstseinswandel: Tiere sind keine Ware! Tiere
115 wirksam zu schützen, muss ein anerkannter Teil der Kulturordnung eines vereinten Europa werden.
116 Dazu gehört unter anderem:

- 117 • Schlachtviehtransporte nur vom Erzeuger zu einem nahe gelegenen Schlachthof.
- 118 • Verbot quälender Intensivhaltung von Nutztieren.
- 119 • Verbot gentechnischer Manipulationen zur Leistungssteigerung oder Veränderung von Arten;
- 120 aber auch von „Qualzucht“ (z.B. Kindchenschema bei Möpsen) mit konventionellen
- 121 Zuchtmethoden.
- 122 • Verbandsklagerecht der anerkannten Tierschutzverbände.

123

124 **7. Landwirtschaft**

125 Landwirtschaft ist die Basis unserer Ernährung und damit unseres Lebens überhaupt. Innerhalb
126 weniger Jahrzehnte wurde sie von einer bäuerlichen Kreislaufwirtschaft zu einer industriellen
127 Rohstoff-„Produktion“ für Nahrungsmittelindustrie und Energieerzeugung umgebaut. Die
128 Subventions-, Freihandels- und Wettbewerbspolitik der EU ließ den Landwirten kaum eine Wahl -
129 und hat sie immer mehr von Subventionen, von der chemischen Industrie sowie von Öl- und
130 Futtermiteleinflüssen abhängig gemacht. Davon profitieren vor allem große, intensiv wirtschaftende
131 Betriebe. Kleinere Familienbetriebe bleiben oft auf der Strecke.

132 Die ÖDP setzt sich ein für:

- 133 • Eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit weitgehend dezentraler Vermarktung.
- 134 • Die Koppelung der Subventionen an eine ökologische Wirtschaftsweise.
- 135 • Die Begrenzung der Tierhaltung durch Bindung an Fläche.
- 136 • Naturnahe Waldwirtschaft.
- 137 • Ein Verbot der Agro-Gentechnik und von Patenten auf Leben.
- 138 • Den Stopp von Flächenverbrauch zu Lasten des Lebensmittelanbaus.

139

140 **8. Verbraucherschutz**

141 Belastete Nahrungsmittel, Tierseuchen, Pollenflug genmanipulierter Pflanzen – all das endet nicht an
142 nationalen Grenzen. Daher ist Verbraucherschutz auch eine europäische Aufgabe. Sie betrifft alle
143 Lebensbereiche von der Lebensmittelherstellung über den Internethandel und das
144 Reisevertragsrecht bis zum Mobilfunk.

145 Die ÖDP setzt sich u.a. ein für:

- 146 • EU-weites Verbot von Anbau und Import gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmittel.
- 147 • Sämtliche Produkte aus der Landwirtschaft, die aus gentechnisch verändertem Material bestehen
148 oder mit deren Hilfe hergestellt wurden, sind eindeutig zu kennzeichnen.
- 149 • Kennzeichnungspflicht für alle Lebensmittel-Inhaltsstoffe (ohne Ausnahmen) und Angabe des
150 Herstellers bzw. des Herstellungsortes (keine Vertriebsangaben).
- 151 • Reduzierung von Antibiotika in der Tierhaltung.
- 152 • Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung.
- 153 • Senkung der Strahlengrenzwerte für Mobilfunk, Handys und andere Funksysteme.

- 154 • Einführung eines EU-einheitlichen, verbraucherfreundlichen Vertragsrechts.
155 • EU-weites Klagerecht der Verbraucherverbände.

156

157 **9. Umfassende Energiewende**

158 Mittel- und langfristig gibt es keine Alternative zu einer umfassenden Wende hin zu Erneuerbaren
159 Energien – sowohl für Deutschland wie für ganz Europa und auch global.

160 Eine umfassende Energiewende hat Strom, Wärme und Verkehr im Blick. Sie setzt nicht allein auf
161 Erzeugung aus erneuerbaren Quellen, sondern auch auf effiziente Nutzung und auf Verzicht auf
162 unnötigen Verbrauch, denn rund zwei Drittel der eingesetzten Energie verschwenden wir derzeit
163 ungenutzt.

164 Die ÖDP hält eine europäische Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Quellen für möglich
165 und notwendig.

166 Konkret fordert die ÖDP u.a.:

- 167 • Beendigung des Euratom-Vertrages und unverzüglichen EU-weiten Atomausstieg.
168 • Volle Haftpflicht der Betreiber von Atomkraftwerken für alle Risiken und für die sichere
169 Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle in der gesamten EU.
170 • EU-weite Regelung einer Mindestbesteuerung aller Primärenergieträger.
171 • Schaffung eines Erneuerbare-Energien-Vertrages und Förderung Erneuerbarer Energien.
172 • Forcierte Entwicklung umweltverträglicher, effizienter Speichertechnologien.
173 • Verbot von Fracking und vergleichbar umweltschädlichen Fördermaßnahmen.
174 • Verbot der künstlichen Speicherung von CO₂ im Boden.

175

176 **10. Neue Mobilitätskonzepte**

177 Die Mobilitätsanforderungen der Zukunft lassen sich nicht über immer mehr Autos, LKWs und
178 Straßen bewältigen, sondern durch die Kombination konsequenter Verkehrsvermeidung mit dem
179 gezielten Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.

180 Im Einzelnen brauchen wir europaweit:

- 181 • Faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger, indem alle Verkehrsarten mit ihren
182 tatsächlichen Kosten, auch denen für Umweltverschmutzung und Folgeschäden, belastet
183 werden.
184 • Entwicklung sparsamerer, umweltverträglicherer Fahrzeuge und Verkehrssysteme.
185 • Verlagerung von Transport von der Straße auf Schiene oder Wasserwege.
186 • Förderung wohnortnahen Arbeitens statt Förderung langer Pendlerwege.
187 • Flugbenzinbesteuerung, echtes Nachtflugverbot, keine EU-Subventionierung für Neu- und
188 Ausbau von Flughäfen.

189

190 **11. Sozial- und Familienpolitik**

191 Sozialpolitik und Familienpolitik bleiben im Verantwortungsbereich der Mitgliedsländer. Dennoch
192 braucht die EU gemeinsame soziale Mindeststandards, wenn sie mehr als eine neoliberal
193 ausgerichtete Freihandelszone sein will. Denn funktionsfähige Sozialsysteme sind eine Voraussetzung
194 für ein geordnetes Nebeneinander. Jedes EU-Mitgliedsland muss daher für ein eigenes stabiles
195 Sozialsystem unter Einhaltung der gemeinsamen Mindeststandards sorgen. Allerdings müssen die
196 Sozialsysteme die unterschiedlichen historisch gewachsenen Verhältnisse berücksichtigen. Zugleich
197 erfordert die Freizügigkeit zwischenstaatliche Regelungen, um die nationalen Systeme miteinander
198 verträglich zu machen.

- 199 • Jedes EU-Mitglied hat dafür zu sorgen, dass das System der Jugend- und Alterssicherung weder
200 zur Diskriminierung von Eltern noch von kinderlosen Bürgern führt. Weder Erwerbs- noch
201 Erziehungsarbeit darf Anlass für Diskriminierung sein.
- 202 • Das Elternrecht zur Erziehung eigener Kinder darf nicht durch gesetzlich unterschiedliche
203 Behandlung einzelner Erziehungsformen unterlaufen werden. Ob Eltern ihre Kinder selbst
204 erziehen wollen oder sich eine Fremdbetreuung wünschen, darf nicht durch gesetzliche
205 Maßnahmen „gelenkt“ werden.
- 206 • Jedes Mitgliedsland hat ein ausgewogenes Verhältnis sozialer Lasten zwischen den Generationen
207 anzustreben. Im Falle eines Geburtendefizits dürfen sich daraus ergebende
208 Finanzierungsprobleme bei der Alterssicherung nicht auf die nachfolgende Generation abgewälzt
209 werden. Nur so kann ein nachhaltiges Sozialsystem erreicht werden.
- 210 • In jedem Mitgliedsland sind die Mitbürger/innen gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
211 zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Einer Öffnung der Schere zwischen Arm
212 und Reich ist durch geeignete steuerliche Maßnahmen entgegenzutreten.

213

214 **12. Arbeitsmigration, Lohndumping, politisches Asyl.**

215 Die extrem unterschiedlichen Lebensverhältnisse innerhalb der EU führen zu Arbeitsmigration (die
216 nicht selten längere Trennungen der Familien zur Folge hat), Lohndumping (über oft mehrfach
217 verschachtelte, undurchsichtige Werkverträge) und Schwarzarbeit. Entwicklungen, die auch
218 Konsequenzen für die einheimische Bevölkerung haben: wachsender Niedriglohnsektor, steigende
219 Mieten, soziale Schieflagen.

220 Asylrecht und Asylverfahren sind europaweit so zu gestalten, dass sie dem Grundrecht auf Asyl
221 genügen. Auch mit der Flüchtlingssituation an den EU-Außengrenzen dürfen wir uns nicht abfinden.

222 Die ÖDP fordert:

- 223 • Enge Auslegung der Werkvertragsregelung, die immer mehr zur Umgehung
224 sozialversicherungsspflichtiger Beschäftigung genutzt wird.
- 225 • Sofortige Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bewohner neu beigetretener EU-Staaten, denn sie
226 würde die Umgehung der Beschränkungen über Werkverträge beenden.
- 227 • Einhaltung der Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltstandards des Mitgliedsstaates, in dem die
228 Dienstleistung erbracht wird, als Voraussetzung für die Zulassung eines Unternehmens zur
229 Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen.

- 230 • Schaffung eines einheitlichen Grundrechts auf Asyl und einheitlicher Standards für die
231 Asylverfahren und den Umgang mit Asylbewerbern.
- 232 • Menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen.

233

234 **13. Lebensschutz und Bioethik**

235 „Die Ehrfurcht vor allem Leben“ (Albert Schweitzer) und der Grundsatz der unantastbaren Würde
236 menschlichen Lebens lenkt den Blick auf die aktuell diskutierten Probleme am Beginn des Lebens
237 (Abtreibung, Pränatale Diagnostik) und Ende (Sterbehilfe, Organspende), aber auch auf
238 Gentechnologie, Klonen, Stammzellen- und Embryonenforschung.

239 Das ÖDP-Konzept beinhaltet u.a.:

- 240 • Keine Patentierung und wirtschaftliche Ausbeutung von Erbgut.
- 241 • Schaffung eines europäischen Embryonenschutzgesetzes.
- 242 • Verbot des Klonens.
- 243 • Wirksame Strategien zur Senkung der europaweit hohen Abtreibungszahlen.
- 244 • Angemessene Berücksichtigung von Erziehungs- und Betreuungszeiten bei der
245 Rentenbemessung.
- 246 • Bedarfsgerechten Ausbau der Palliativversorgung sowie der Hospizstationen und –dienste.
- 247 • Verbot der aktiven Sterbehilfe (Euthanasie).

248

249 **14. Bürgerrechte, Datenschutz und Innere Sicherheit**

250 Der Wegfall der Binnengrenzen, ein Dschungel von Subventionen und unklare Zuständigkeiten
251 erleichtern Kriminalität und Korruption. Staatliche Gegenmaßnahmen sind so anzulegen, dass den
252 Erfordernissen der Ermittlungsarbeit und des Datenschutzes gleichermaßen Rechnung getragen wird.

253 Die ÖDP setzt sich ein für:

- 254 • Eine staatenübergreifend arbeitende Polizei und EU-weit vernetzte Ermittlungsorgane.
- 255 • Verbot jedweder generellen Überwachung - Ausnahmen nur nach richterlicher Anordnung.
- 256 • Abschöpfung illegaler Gewinne und Ausschluss korrupter Unternehmen von öffentlichen
257 Aufträgen.
- 258 • Einübung friedlicher Konfliktbewältigung in Schulen, Medien und Politik.

259

260 **15. Außen- und Verteidigungspolitik**

261 Zur „Konfliktverhütung“ und „Krisenbewältigung“ erlaubt der EU-Vertrag sogar Angriffskriege. Auch
262 zur „Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen“, z.B. zur Sicherung von
263 Ölquellen, kann eine militärische „Mission“ durchgeführt werden. Die Entscheidungen über
264 Kriegseinsätze und militärische Aufrüstung fällt der Ministerrat (bestehend aus den
265 Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten). Er tagt hinter verschlossenen Türen. Weder das
266 Europäische Parlament noch der Deutsche Bundestag kann dort gefasste Entscheidungen ändern.

267 Bei solchen Einsätzen soll die militärische und politische Leitung (auch für die Bundeswehr!) künftig
268 ein Komitee der EU übernehmen, das nicht demokratisch gewählt ist. Das EU-Parlament muss über
269 Kampfeinsätze nur sporadisch unterrichtet werden, der Bundestag überhaupt nicht.

270 Die Außen- und Verteidigungspolitik der EU kann von keinem Gericht überprüft werden.

271 Die Position der ÖDP:

272 • Der EU-Vertrag muss so abgeändert werden, dass Kriege der EU um Öl und Rohstoffe und zur
273 Sicherung von Handelswegen verboten werden.

274 • Eine gemeinsame EU-Außenpolitik muss auf Konfliktvorbeugung zielen - und in
275 Konfliktsituationen auf friedliche Konfliktlösung und humanitäre Hilfe.

276 • Die Aufgabe der Friedenswahrung obliegt den in der UNO verbundenen Völkern.

277 • Die EU-Mitgliedsstaaten sollen sich auf schrittweise Abrüstung und auf die Beschränkung von
278 Rüstungsexporten auf EU- und NATO-Mitgliedsstaaten verpflichten.

279

280 **16. Vision**

281 Die Europäische Union muss ein Bündnis von Staaten bleiben, die ihr reiches kulturelles Erbe
282 bewahren. Die Wirtschaftspolitik der EU muss die Chancen und Möglichkeiten der jeweiligen Länder
283 berücksichtigen. Die Pläne, europaweit eine starre neoliberale Wirtschaftsordnung mit einem
284 allgemeinen Sozial- und Demokratieabbau einzuführen, lehnen wir entschieden ab. Die Bereiche, die
285 in die Regelungskompetenz der EU fallen, sind daher klar zu definieren.

286 Der erste und wichtigste Schritt ist die Reform der EU-Institutionen.

287 Wir brauchen demokratisch legitimierte Institutionen mit verständlichen Strukturen, abgegrenzten
288 Zuständigkeiten und transparenten Verfahren. Die ÖDP fordert dazu einen demokratisch
289 legitimierten Verfassungskonvent, denn die Menschen der Europäischen Union haben eine gute,
290 demokratisch entschiedene und zukunftsweisende Verfassung verdient. Diese muss durch einen EU-
291 weiten Volksentscheid, bei dem jede Nation über die EU-Verfassung abstimmt, legitimiert werden.

292 Unterstützen Sie uns, damit auch in Zukunft die Völker Europas in Frieden und wechselseitiger
293 Achtung miteinander leben und zum Wohlergehen aller beitragen werden.

294